

18. JULI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/KV/160 - 18. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2a	<u>Die Unterwerfung der CDU-Länderschefs</u> Zur Beratung des Rundfunkgesetzes im Vermittlungsausschuß Von Heinz Köhn, MdB	198
3	<u>Vereinheitlichung der Verkehrssignale in Europa</u> Europäische Wirtschaftskommission stellt neue Richtlinien auf Von Bruno Kuster, Genf	53
4	<u>Schlamm und der Angriffskrieg</u> Zu einem beachtlichen Urteil	32
4	<u>"Menschliches Versagen"</u> Die "Deutsche Partei und ihre Fahnenträger"	20
5	<u>China China geht es nicht</u> Wer Abrüstung will, muß auch mit Peking verhandeln	28
5	<u>USA und Großbritannien</u> Zwei beachtliche Stimmen	24
6	<u>Viggo Kampmann</u> Zum 50. Geburtstag des dänischen Ministerpräsidenten	49

* * *
* * *

Die Unterwerfung der CDU-Länderchefs

Zur Beratung des Rundfunkgesetzes im Vermittlungsausschuß

Von Heinz Kühn, MdB.

Es war zu erwarten: der Magnetismus des Karlsruher Parteitages der CDU war stärker als der des Karlsruher Verfassungsgerichtes. Die Ministerpräsidenten der Union haben sich dem Bundeskanzler unterworfen ohne an die Bundesrichter zu appellieren. Vergessen waren alle Rüttelschwäre und Barrikadengelöbnisse, die sie gegen die "zentralistische Usurpation der Bundesregierung" abgelegt hatten. Sie haben sich, wie zu erwarten war, auf den Weg begeben, um der Aufforderung Adenauers auf dem Parteitag der rheinischen CDU entsprechend, ihre Ministerpräsidentensessel im Museum abzuliefern.

Fadenscheinige Selbstberuhigung

Der Bundesrat hat mit der knappen und parteipolitischen Mehrheit der CDU-Länderchefs und der fadenscheinigen und unzutreffenden Selbstberuhigung, die Errichtung der Bundesrundfunkanstalten "Deutsche Welle" und "Deutschland-Punk" diene vorwiegend "der Regelung auswärtiger Angelegenheiten", eine folgenschwere Unterwerfung unter den Gesetzgebungsanspruch des Bundes vollzogen. Die Begründung des vom Bundesrat eingesetzter "Sonderausschusses Rundfunkgesetz", nach der "das Schwergewicht der Tätigkeit der nach diesem Gesetz zu errichtenden Anstalten in der Repräsentation der Bundesrepublik nach außen liegt", ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, nicht aber ein Irrtum der Ministerpräsidenten der CDU. So sehr der Satz für die nach Übersee strahlende "Deutsche Welle" gilt, so unzutreffend ist er für den allein der Rundfunkversorgung der Bundesrepublik und der Sowjetzone dienenden "Deutschland-Punk". Hier soll nicht ein außenpolitisches Instrument für die Repräsentation der Bundesrepublik, sondern ein regierungspolitisches Instrument für die Manipulation der Bundeswahlen geschaffen werden.

Die CDU-Mehrheit des Bundesrates hat deshalb auch bei dem beschlossenen Anruf des Vermittlungsausschusses auf jeden Versuch der Korrektur der politisch einseitigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs verzichtet. Die beiden einzigen Anliegen von materieller und föderalistischer Bedeutung, um die die CDU-Länderchefs im Vermittlungsausschuß kämpfen wollen, sind politisch von untergeordneter Bedeutung: die finanziellen Bestimmungen für die beiden Bundesanstalten sollen nicht in dem Bundesgesetz, sondern in einer Bund-Länder-Vereinbarung geregelt werden und die "allgemeinen Vorschriften" des Gesetzes sollen nicht für alle Rundfunkanstalten, also auch die der Länder, sondern allein für die des Bundes gelten. Sie werden jedoch von der CDU-Mehrheit des Bundesrates in ihrem Inhalt nicht abgelehnt und auch da akzeptiert, wo ihre politische Einseitigkeit flagrant ist.

Exekutive und Legislative im Rundfunkrat

Die größte Einheitlichkeit der Abstimmung ergab sich in der Rundfunkkommission des Bundesrates für die Forderung, die Vertretung der Länderregierungen im Rundfunkrat um einen Sitz zu vermindern, wodurch Bundestag und Bundesrat im Verhältnis 6:6 in ein Gleichgewicht gebracht

werden sollen. Nahezu einhellig vereinigte man sich auch in dem Begehren, Minister, Beamte und Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften nicht von der Mitgliedschaft im Rundfunkrat der Bundesanstalten auszuschließen.

Die Sozialdemokraten haben bei den Beratungen des Regierungsentwurfs auf die unerträgliche Gouvernamentalisierung des Rundfunks hingewiesen, falls, wie Schröder es verlangte, von 15 Mitgliedern des Aufsichtsorgans 10 von Ministern entsandt werden. Es ist dabei von nur geringem Unterschied, ob es sich um Minister selbst oder von ihnen Ernannte, ob es sich um weisungsgebundene Beamte oder neigungsgebundene Anhänger handelt.

Das Problem ist der demotivierende Zweidrittel-Einfluß der Regierungen, der die Unabhängigkeit des Rundfunks besenden wird, nicht aber die Frage, durch wen diese Regierungsmajorität personifiziert wird.

Die CDU-Mehrheit des Bundestages und die Bundesregierung haben mit der vom Bundesrat nunmehr beanstandeten Bestimmung, daß Mitglieder der Exekutive und Legislative von der Mitgliedschaft in den Aufsichtsgremien ausgeschlossen werden sollen, das Grundübel also nicht beseitigt, sondern nur verborgen. Dabei haben sie mit der Gleichbewertung von Exekutive und Legislative eine sachlich unververtretbare und wohl auch verfassungsrechtlich unstatthafte Entscheidung getroffen. Gewiß, die Kundigen wissen um die Problematik, die mit der Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern und weisungsgebundenen Ministerialbeamten in Rundfunkgremien verbunden sein kann. Unzulässige Einwirkung auf die Programmgestaltung ist dabei vielleicht weniger zu besorgen als freiwillige Anpassung der Programmgestalter. Sicher, das gleiche gilt für namhafte offizielle Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und anderer mächtiger Interessen, aber niemand wird verkennen können, daß die Besorgnisse im Falle von Regierungsmitgliedern und Regierungsbeamten multipliziert erscheinen. Anders jedoch ist es bei Abgeordneten, deren Teilnahme bei fairen Bestimmungen eine einseitige Einflunnahme ausschließende Repräsentanz sowohl der die Regierung als der die Opposition ausübenden Kräfte ermöglicht. Es wird die Aufgabe des Vermittlungsausschusses sein, zwischen den extremen Standpunkten der völligen Ausschließung und der unbegrenzten Zulassung von Ministern, Beamten und Abgeordneten eine mittlere Lösung zu finden, die ihr Modell in den Bestimmungen vieler Länder-Rundfunkgesetze suchen könnte, nach denen die Zahl der Abgeordneten auf ein Minimum beschränkt ist. In Nordrhein-Westfalen sind es 4 und 21; im Bund könnten es 3 von den 6 sein, die der Bundestag entsendet, also 3 von insgesamt 22, womit jede der Fraktionen des Bundes vertreten wäre.

"Deutscher Gewerkschaftsbund" oder "Gewerkschaften" ?

Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung wurde ursprünglich dem "Deutschen Gewerkschaftsbund" ein Sitz zugesichert, von der CDU-Mehrheit jedoch, nachdem dieses Vertretungsrecht in den Ausschüßberatungen nie in Zweifel gezogen wurde, in der letzten Plenarentscheidung durch einen Abänderungsantrag "der Gewerkschaften" zugesprochen. Mit 6:5 Stimmen beschloß die Sonderkommission des Bundesrates die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederherzustellen, das Plenum des Bundesrates jedoch folgte mit der Mehrheit der Stimmen der CDU-Länderchefs der CDU-Mehrheit des Bundestages und lehnte die Anrufung des Vermittlungsausschusses auf Sicherung des Sitzes für den DGB ab.

Was steckt dahinter? Gewiß nicht eine gsetzes-technische Formalität, wie die CDU im Plenum verharmlosen wollte. Wenn es wirklich so sein soll, wie ein prominenter Sprecher der CDU Fraktion im Bundestag im internen Gespräch sagte, daß selbstverständlich in der Praxis der DGB das Entsendungsrecht haben sollte, warum schreibt man es dann nicht in das Gesetz, wie man ja auch die Arbeitgeberseite exakt nominiert hat? Das gilt auch für die Bemerkung des Ministerpräsidenten Altmeier, der nach dem Protokoll in der Kommissionberatung des Bundesrates erklärt hat: "Es besteht kein Zweifel darüber, daß in dieser Bestimmung mit den Worten 'den Gewerkschaften' der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeint ist".

Um zu verschleiern, daß man hier die Handvoll Mitglieder der sogenannten christlichen Gewerkschaften für die CDU-Mehrheit in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten bemühen will, weist man gerne ablenkend auf den Anspruch der Deutschen Angestellten Gewerkschaft hin. Dem wäre abzuhelfen gewesen, wenn die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit der CDU den Sozialpartnern nicht nur zwei Sitze zugebilligt hätten. Wenn man aber entschlossen ist, den Arbeitnehmern nur einen Sitz zuzubilligen, dann kann ihn nur die Organisation beanspruchen, die die überwältigend größte Mitgliederzahl hat.

Wie aber soll die von der CDU im Bundestag bewußt unklar gehaltene Bestimmung praktiziert werden, falls sich die Interessenten nicht verständigen? Die mit Augurenlächeln gegebene Antwort, daß es praktisch "selbstverständlich der DGB" sein sollte und werde, ist ebenso unaufrecht wie undurchführbar, es sei denn, daß man die CGD lediglich als Pressionsinstrument gegen den DGB benutzen will, um ihn zur Delegation eines CDU-Angehörigen in den Rundfunkrat zu zwingen, etwa nach dem Motte: "In Falle einer uns genehmen Nominierung des DGB geben wir unseren CGD-Anspruch auf". Falls aber, wie andere verlauten lassen, ein jährlicher Wechsel aller unter dem Sammelbegriff "Gewerkschaften" fallenden Organisationen angestrebt wird, dann hätte auch dies im Gesetz offen ausgesprochen werden müssen und dann wird man selbstverständlich damit rechnen müssen, daß alle einzelnen im DGB zusammengefaßten Industriegewerkschaften ihren Anspruch geltend machen werden. Worum es der CDU mit dieser bewußt überfallartig gestarteten Aktion zur Änderung einer von ihr selbst vorgelegten Gesetzesbestimmung ging, ist klar: in die Aufsichtsorgane der Rundfunkanstalten, die bereits eine überwiegend große CDU-Regierungsmehrheit haben, soll ein weiterer CDU-Sitz hineinmanipuliert werden, was von Bedeutung werden könnte, wenn einmal eine andere zusammengesetzte Bundesregierung fünf andere Persönlichkeiten delegieren würde, als diejenigen, die von Adenauer und Schröder entsandt werden.

Sitz Berlin !

Als in dem von Schröder vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk Berlin zum Sitz des "Deutschland-Funks" erklärt wurde, erinnerte man sich mit Staunen ob dieser Sinnswandlung an den Widerstand, den die gleiche Bundesregierung noch vor wenigen Jahren dem Antrag der SPD entgegengesetzt hatte, den Sitz dieser früher "Langwelle" genannten Anstalt für Gesamtdeutschland in der deutschen Hauptstadt Berlin zu errichten. In der Berliner Sitzung des Deutschen Bundestages am

18. Juli 1960

10. Oktober 1956 erklärte der Sprecher der SPD-Fraktion: "Die Annahme unseres Antrages würde die Wirkungenacht dieses Senders als eines Senders für ganz Deutschland auch dadurch steigern, daß wir von vornherein der deutschen Langwelle den politischen Standort geben, den sie aus nationalpolitischen Gründen haben muß: Die Hauptstadt Deutschland".

Jens Sitzung vor vier Jahren verlief recht heftig. Einige Monate vorher, am 30. Mai 1956, hatte der Bundeskanzler es abgelehnt, dem damaligen regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Suhr, die Zusicherung zu geben, den Sitz der Langwelle in Berlin zu errichten. Am Ende jener Sitzung stand lediglich die Aussicht, daß die Überprüfung der provisorischen Lösung - des Sitzes in Hamburg - am 30. Juni 1958 vorgenommen werden sollte. Hätten sich damals CDU-Bundesregierung, insbesondere CDU-Bundesinnenminister und CDU-Bundestagsfraktion nicht der faktischen Festlegung des Sitzes der Anstalt in Berlin widersetzt und auf unvermeidliche berlinfreundliche Deklamationen beschränkt, wäre in einer günstigeren außenpolitischen Situation dieses Ziel zu erreichen gewesen, ohne den sowjetischen Widerspruch hervorzurufen, der vier Jahre später um nichts begründeter, aber umso mehr voraussehbarer war. Wenn die Bundesregierung nun 1960 in einer durch eigenes Verschulden schwierigeren Situation das im Gesetzentwurf nachzuholen beabsichtigte, was sie vier Jahre vorher trotz des Drängens der Opposition versäumte, so muß sie auch nunmehr fest zu dieser Absicht stehen. Der Bundestag hat allen Anwendungen des Wankelmutes zuwider auf Drängen der Sozialdemokraten an den Sitz Berlin für den Deutschland-Funk festgehalten, obwohl auch die CDU-Fraktion den Rückzug bereits angetreten hatte.

Nunmehr soll durch einen Antrag der CDU-Regierung Nordrhein-Westfalen die Position erneut aufgeweicht werden. Selbst wenn der Antrag in letzter Minute von der Forderung "die Sitzbestimmung den Satzungen zu überlassen" auf die Empfehlung an den Vermittlungsausschuß abgemildert werden ist, zu prüfen, ob die Sitzbestimmung in das Gesetz aufgenommen werden soll, so bleibt hier die Tendenz spürbar, der unberechtigten sowjetischen Forderung in einer Frage zu weichen, in der unzweifelhaft der deutsche Standpunkt vor Jahren, als die Sozialdemokraten und die Berliner drängten, ohne Schwierigkeiten durchsetzbar gewesen wäre.

Vereinheitlichung der Verkehrssignale in Europa

Von Bruno Kuster, Genf

Da in den Industrieländern der Verkehr beinahe zur wichtigsten Unfallursache geworden ist, bemüht sich eine Arbeitsgruppe der Wirtschaftskommission für Europa, Richtlinien für eine einheitliche Gestaltung der Verkehrssignale in Europa aufzustellen. In Anbetracht des zunehmenden internationalen Strassenverkehrs verspricht ein Erfolg dieser Bemühungen zusätzliche Sicherheit.

Hinsichtlich der besonders gefährlichen Niveauübergänge der Kreuzung von Strasse und Schiene empfiehlt die Gruppe, auch solche Bahnübergänge mit automatischen Lichtsignalen zu versehen, die über eine durchgehende Abschrankung - Barriere - verfügen. Man denkt dabei an dieselbe Signalanlage, wie sie bereits bei Bahnübergängen ohne Abschrankung üblich ist. Anscheinend gibt es sogar noch Niveauübergänge, die überhaupt in keiner Weise angekündigt werden; sonst müsste die Arbeitsgruppe nicht mit besonderem Nachdruck fordern, daß unbewachte Bahnübergänge wenigstens mit dem schräg gestellten - Andreas-Kreuz - kenntlich zu machen sind. Um die Sicherheit weiterhin zu erhöhen, wird angeregt, vor Bahnübergängen hintereinander zwei rote Lichtsignale in gleicher Höhe anzubringen, die beim Herannahen eines Zuges abwechselnd blinken, so daß auch einen flüchtigen Blick das Signal nicht entgehen kann. Diese Anlage könnte zusätzlich auf der linken Strassenseite wiederholt werden.

In der Nähe von Flugplätzen, wo Strassen im Tiefflug überflogen werden, soll ein neues Gefahrensignal angebracht werden, das ein Flugzeug wiedergibt. Lichtsignale ausserhalb städtischer Siedlungen sollen durch ein Vorseignal, das auf die Gefahr hinweist, angekündigt werden. Der Vorschlag, auf Überlandstraßen stationierte Fahrzeuge durch das Aufstellen eines dreieckigen Gefahrensignals 30 Meter hinter dem Fahrzeug kenntlich zu machen, wurde grundsätzlich begrüßt, jedoch kann dieses Zeichen wegen der Konvention von 1949 nicht obligatorisch erklärt werden. Signale, die aber nur von Fall zu Fall verwendet werden, schaffen eher Unsicherheit.

Ein heikler Punkt ist das Problem eines obligatorischen ärztlichen Gesundheitsausweises für alle Fahrzeugführer. Nur eine genaue Analyse der Unfallursachen kann die Frage beantworten, ob die mit einer solchen Massnahme verbundenen Umstände gerechtfertigt wären. Auf jeden Fall empfiehlt die Arbeitsgruppe, die Führer von Autocars und Taxia einer periodischen ärztlichen Kontrolle zu unterstellen. - Einheitliche Richtlinien zur Signalisierung von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Strassenbaumaschinen, die nachts auf öffentlichen Grund stationiert werden, wurden ausgearbeitet, wie auch über die Farbe der Abschrankung bei Baustellen.

Die Wirtschaftskommission hat beschlossen, besondere Untersuchungen darüber zu veranlassen, in welchem Ausmass die Ermüdung berufsmässiger Wagenführer für Unfälle mit Körperverletzung verantwortlich zu machen ist. Dabei wird nicht nur die objektiv messbare Arbeitszeit berücksichtigt werden müssen, sondern auch die aufreibende Wirkung der zunehmenden Verkehrsdichte.

Die Gesamtheit dieser Vorschläge ist sicher geeignet, die Sicherheit auf dem europäischen Strassennetz zu erhöhen. Von ebenso grosser Bedeutung wäre aber auch die Vereinheitlichung der Ausbildung der Fahrzeuglenker. Die Anforderungen, die an angehende Lenker von Motorfahrzeugen gestellt wurden, sind von Land zu Land, oft aber auch innerhalb eines Landes, sehr unterschiedlich. Eine Vereinheitlichung der Prüfungsbestimmungen, die streng, aber nicht schikanös sein sollten, wäre zweifellos nützlich.

Schlamm und der Angriffskrieg

sp - Die 7. Zivilkammer des Bonner Landgerichts hat in dem Rechtsstreit des amerikanischen Publizisten William S. Schlamm gegen den Chefredakteur der FDP-Wochenzeitschrift "Das freie Wort", Ernst Rinné, u.a., festgestellt, das Buch des Herrn Schlamm "Grenzen des Wanders" könne von ernsthaften Lesern als Aufforderung zum Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten verstanden werden. Schlamm fordere zwar nicht eindeutig und ausdrücklich zum Angriffskrieg auf, aber die von ihm propagierten Ziele könnten - je nach Einstellung des Lesers - ohne Angriffskrieg nicht erreichbar erscheinen. - Dieses Urteil eines deutschen Gerichtes sollte eigentlich bestimmte Konsequenzen nach sich ziehen. Laut Grundgesetz darf in der Bundesrepublik niemand den Krieg propagieren. Tut er es dennoch, so verstößt er gegen das Grundgesetz, macht sich also strafbar, und zwar auch dann, wenn er objektiv einen Krieg vielleicht nicht will, aber subjektiv zu der Vermutung Anlaß gibt, er könne einen solchen Angriffskrieg wollen. Auch einige andere in der schriftlichen Begründung zum Ausgang des Rechtsstreits zwischen den Herren Schlamm und Rinné vom Gericht getroffene Feststellungen sind bemerkenswert. So wird z.B. vom Gericht nicht beanstandet, daß in dem FDP-Organ behauptet worden war, Schlamm aktiviere und spreche Emotionen und unmündige Halbtolligente an. Die 7. Strafkammer Bonn meint dazu, in "Grenzen des Wanders" wende sich Schlamm an das christlichen Traditionen widersprechende Freund-Feind-Denken und nicht an die nüchterne Überlegung des Lesers. Die von dem FDP-Organ hierfür angewandte Bezeichnung "Schlamm-Narkose" sei - laut Gericht - nur eine einprägsame Umschreibung der Wirkung Schlammes auf seine Anhänger. Diese Bezeichnung drücke im übrigen nur aus, daß Schlamm "kein brauchbares Rezept zu bieten habe". Das Gericht beanstandete auch nicht die Behauptung des FDP-Organs, Schlamm helfe die Deutschen in eine neue Katastrophe zu bringen, die die Deutschen ausbaden müßten, während sich Herr Schlamm ihr mit der letzten Maschine aus Zürich entziehen würde. - Man darf wirklich gespannt sein, welche Schlußfolgerung der Bundesanwalt aus dieser, von einem deutschen Gericht erfolgten Verurteilung der politischen Aktivität des Herrn Schlamm in der Bundesrepublik zieht.

+ + +

"Menschliches Versagen"

sp - Bei den Mitgliedern der Deutschen Partei hat sich nach dem Austritt von neun DP-Abgeordneten jetzt ganz offenbar die Meinung durchgesetzt, daß "menschliches Versagen" der entscheidende Grund für die Flucht ihrer bisher führenden Männer war. So heißt es jedenfalls in einer Entschließung des Bayerischen Landesverbandes der DP. Aber auch der niedersächsische DP-Kreisverband Verden hat den dreimal dort aufgestellten Bundesminister von Merkatz "einstimmig verurteilt". Die neun Fahnenflüchtigen sind nicht so interessant, daß man von ihrem Verhalten viel Aufhebens machen sollte. Trotzdem: Die Reaktion der DP-Mitgliedschaft auf diese Fahnenflucht zeigt, daß man selbst in dieser Partei ein Gefühl dafür zu haben scheint, was anständig und was unanständig ist. Wenn man es auch nicht offen zugeibt, so deutet doch der Urteilspruch "menschliches Versagen" in milder Form an, wie sehr man sich betrogen fühlt, und was die neun Flüchtigen mit ihrer Flucht in Wirklichkeit bezweckten. Es ging nicht etwa um die Politik der Partei, von der sie zur Wahl in den Bundestag aufgestellt worden waren, sondern in erster Linie wohl um den Versuch, sich auch in der neuen Bundestag hindurchzusetzen. Ob die DP-Landesverbände mit ihrer Verurteilung des Verhaltens bisher führender Persönlichkeiten der eigenen Partei das Schifflein unbeschädigt durch die Wogen des kommenden Wahlkampfes rudern können, ist jedoch mehr als zweifelhaft.

+ + +

Ohne China geht es nicht

sp - Wie auch immer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten heißen wird - ob Nixon oder Kennedy -, so wird er der gebieterischen Notwendigkeit nicht ausweichen können, irgendwie das Verhältnis Washington-Peking anders - und zwar besser - zu gestalten, als es gegenwärtig ist. Zwischen der stärksten Macht des Westens und der asiatischen Weltmacht von morgen bestehen derzeit keine diplomatischen Beziehungen; am Widerspruch der USA scheiterte bisher das Verlangen Chinas nach Aufnahme in die Vereinten Nationen. Die Vereinigten Staaten stellten für eine Aufnahme die Bedingung eines besseren Wohlverhaltens Pekings, wozu es auch wenig Neigung zeigte. Aber der erhobene Zeigefinger wird auf die Dauer nicht genügen; außerdem ist er ohne jede Wirkung auf die Chinesen. Sympathie oder Antipathie sind nicht die geeigneten Kriterien in Beziehungen zwischen Völkern und Staaten. Die Vereinigten Staaten haben nach dem ersten Weltkrieg fünfzehn Jahre gewartet, ehe sie mit der Sowjetunion wieder diplomatischen Kontakt aufnahmen, und sie sahen sich hierzu durch die Europa und die Welt bedrohende erwachsende Macht des Dritten Reiches genötigt. Wenn nun die USA nach den Präsidentschaftswahlen mit gesammelter Energie daran gehen werden, die globalen Fragen neu zu durchdenken, werden sie China in ihre Entscheidungen als einen nicht zu überschendenden Faktor einschalten und mit ihm rechnen müssen. So sind Wiederaufnahme der gescheiterten Abrüstungsverhandlungen und Abkommen über eine kontrollierte Einstellung aller nuklearen Kernwaffenversuche ohne die Mitwirkung Chinas nicht mehr denkbar. Der vitale Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Kennedy, deutete in seiner ersten Wahlkampfreden schon diese Möglichkeit an. Auf dem Wege über Abrüstungsverhandlungen wird dann die Aufnahme Chinas in die UNO unvermeidlich sein. Jedenfalls zeugt die nicht zufällige Bemerkung Kennedys von einer Bereitschaft, bisherige Tabus fallen zu lassen und wirkliche Weltpolitik zu betreiben - eben unter Berücksichtigung des 600 Millionen Reiches der Chinesen.

+ + +

USA und Großbritannien

sp - In manchen kleineuropäischen und abendländischen Kreisen besteht die Neigung, die Bedeutung und die Rolle Großbritanniens herabzumindern. So glaubten die Baumeister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), das britische Commonwealth links liegen lassen zu können - ein verhängnisvoller Irrtum. Sie berufen sich dabei auf die Vereinigten Staaten, denen nach dieser etwas sonderbaren Doktrin die Bildung eines vereinigten Klein-europas so wichtig sei, daß sie darüber sogar eine Abkühlung ihres Verhältnisses zu Großbritannien in Kauf nehmen; mit anderen Worten: die USA zögen die EWG der Kleinen Freihandelszone (EFZA) vor. Diese Erwartungen erweisen sich als eine Fehlspekulation. Die Vereinigten Staaten haben gar kein Interesse daran, Europa in zwei sich bekämpfende Wirtschaftsblöcke aufzuspalten zu lassen; für sie nimmt in ihrem Bündnissystem das britische Inselreich immer noch den ersten Platz ein, ja, es ist nach den Worten Kennedys das "Fundament der Sicherheit der Vereinigten Staaten". Gleichzeitig verwahrte sich in Wien der stellvertretende amerikanische Außenminister Dillon, ein republikaner, ausdrücklich dagegen, Amerikas Unterstützung für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bedeute eine Opposition zur Europäischen Freihandelszone. - Das sind zwei beachtliche amerikanische Stimmen. Unsere kleineuropäer werden daran gewiß keine Freude haben, schon gar nicht Herr Hallstein. Dinge es nach diesem Europa-Manager und nach den Kräften, die hinter ihm stehen, wäre der Bruch mit Großbritannien schon geschehen. Die Rückenstärkung Englands durch die Vereinigten Staaten dürfte man nicht ohne Einfluß auf die kommenden Verhandlungen zwischen EWG und EFZA bleiben. Das kann nur gut sein.

+ - +

Viggo Kampmann

sp - Wer in Dänemark ein öffentliches Amt bekleidet, wird erst mit 50 Jahren als völlig "erwachsen" betrachtet. Zu den Ausnahmen dieser scherzhaft gemeinten Regel gehört zweifellos der Ministerpräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Viggo Kampmann, der am 21. Juli das fünfte Jahrzehnt vollendet. Seit dem tragischen Tod seines Freundes und Amtsvorgängers H.C. Hansen im Februar dieses Jahres leitet er die dänische Regierung und die Partei, die ihn einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden wählte.

Kampmann trat kein leichtes Erbe an. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern Hans Hedtoft und H.C. Hansen war er nicht in der politischen Arbeiterbewegung gross geworden. Die politische Laufbahn des Finanzexperten und ehemaligen Berufsbeamten begann erst in den Nachkriegsjahren und war, selbst für eine aussergewöhnliche Begabung, kompetent. Im Jahre 1950 wurde Kampmann zum ersten Mal Finanzminister. Drei Jahre später wurde er in das Folketing gewählt und erneut zum Finanzminister berufen, einen Posten, den er bis zum April dieses Jahres ununterbrochen innehatte. Sein Bienenfleiss, seine schnelle Auffassungsgabe und seine grosse Sachkenntnis liessen ihn bald zu einer zentralen Figur des politischen Lebens werden.

Während der Vater dreier Töchter und ehrenamtlicher Schriftführer des Grundbesitzervereins seines Wohnviertels auf der Kopenhagen vorgelagerten Insel Amager für die grosse "Familie Dänemark" zuständig ist, nimmt sich seine Frau der familiären Finanzen an. Sie werden in den Sommermonaten gelegentlich durch die Vermietung des Sommerhauses auf der Nordseeinsel Fanø aufge bessert. Als im vergangenen Jahr unter den Ministern des damaligen Finanzministers Kampmann ein Deutscher namens Schmalzuss war, erging sich die dänische Presse in freundlichen Anspielungen über die Symbolik.

Der an der modernen Gesellschaftsentwicklung brennend interessierte Ministerpräsident nimmt derartige Dinge ebenso gelassen hin wie die Verwunderung ausländischer Gäste im Folketings-Restaurant, wenn er seine Frühstücksbrote aus der Aluminiumbüchse packt. Die private Bescheidenheit Viggo Kampmanns ist nahezu sprichwörtlich und war für viele seiner Landsleute ein versehliches Moment zu der Zeit, als er noch Finanzminister war. Mit seinem verstorbenen Bruder Leck Fischer, einer der grössten modernen Dichter Dänemarks, teilte Kampmann die Vorliebe für Literatur. Bevor Kampmann Minister und damit arm an Zeit wurde, stöberte er gern in Kopenhagener Antiquariaten herum und fand dabei manche literarische Kostbarkeit. Zu den schönsten Kindheits Erinnerungen seiner Töchter gehören die Stunden, in denen abends aus besonders wertvollen Büchern laut vorgelesen wurde.

Die musischen Neigungen des Ministerpräsidenten sind der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt als die Sachlichkeit des Politikers Kampmann, der dadurch einen Teil der Volkstümlichkeit seiner Vorgänger Hedtoft und H.C. Hansen entbehrt. Wer ihn jedoch kennt, der weiss, dass sich hinter der äusseren Schale ein warmherziger Praktiker verbirgt, dem das Gesamtwohl seiner Mitmenschen oberstes Gebot ist. Bis spätestens zum Mai nächsten Jahres werden in Dänemark Parlamentswahlen stattfinden. Ihrem Ausgang dürfen Viggo Kampmann und seine Freunde zuversichtlich entgegensehen.

- + +

Verantwortlich: Günter Marksoeffel